

Pax Christi
Bistumsstelle München
Landwehrstrasse 44
80336 München

**Nicht der Ruf um Rache zum Himmel,
sondern um Versöhnung
zwischen Gott und den Menschen
und zwischen den Menschen
untereinander,
das ist PAX CHRISTI**

WIE ES WEITERGING

Am gleichen Tag, da Bischof Pierre Marie Théas seine erste Gefangenennesse für seine Peiniger zelebrierte, wurde die französische Belegschaft des Gefängnisses Compiègne zum Abtransport nach Buchenwald zusammengetrieben. *"Wo ist jetzt Ihr Gott, Monseigneur?"* So fragten die Verzweifelten - und wie begreiflich es ist, daß sie so fragten! Und wieder bekamen sie zur Antwort: *"Trotz allem müßt ihr mit dem Segen über den Rhein gehen und nicht mit einem Fluch auf den Lippen!"* -

Neun Monate später, im März 1945, saßen zehn Franzosen in der wiedergewonnenen Heimat dem Bischof gegenüber und sie besprachen im Rundgespräch die Frage, wie man nach Beendigung des Krieges als Christen dem bisherigen Feind - Deutschland - gegenüberzutreten habe. Es wurde ein Überbrückungsvorschlag aufgeworfen: Gebetskreuzzug für Deutschlands Bekehrung vom Nazismus! *"Jeder Deutsche - sie haben doch alle mit Ja gewählt - ist doch ein Nazi."* Da stand der Bischof auf und verweigerte seine Zustimmung: *"Nein und nochmals nein! Unsere erste Tat nach dem Krieg sei keine Tat des Pharisäismus! Kreuzzug der Bekehrung, ja, aber dann zunächst für Frankreich!"* -

Am 10. März 1945 unterschrieben 40 französische Bischöfe des Widerstandes den Aufruf zum **"Gebetskreuzzug für den Frieden der Welt"**. Das war der geistige Brückenschlag über den Rhein. Allen voran begrüßte diesen "Gebetskreuzzug" Kardinal Saliège, Erzbischof von Toulouse, der selber als Pfeiler der Widerstandsbewegung unter den Deutschen viel zu leiden hatte.

(nach: Jakob Brummet, "Die Pax Christi - Bewegung, Eine Skizze ihrer Geschichte", Manz/ München, 1955)



wo liebe beginnt

endet gewalt



pax christi
internationale katholische friedensbewegung

RUNDBRIEF der BISTUMSSTELLE MÜNCHEN

Juni - Juli - August

3 / 1994



VORWORT

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde von Pax Christi,

im letzten Rundbrief konnte ich aktuell noch Einiges von unserem "Kirchenasyl" in Gilching berichten. Es hat sich leider für die betroffene Familie Sapkiran nichts zum Besseren verändert. Sie sind immer noch auf der Flucht und bedürfen weiterhin der Hilfe aller Menschen guten Willens. Zum Thema

"Asyl in der Kirche"

beachten Sie bitte die farbigen Innenseiten dieses Rundbriefes.

Eng verbunden mit dem Schutz kurdischer Flüchtlinge in unseren Kirchen ist unser Jahresschwerpunkt Türkei/Kurdistan, die Lockerung der Rüstungsexport-Beschränkungen und die Wiederaufnahme der Lieferung von Rüstungsgütern an die Türkei. Unser Generalsekretär Joachim Garstecki hat sich diesbzgl. an den Bundeskanzler gewandt; wir geben das Schreiben im Wortlaut wieder.

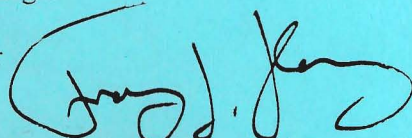
Für alle, die an unserer Diözesanversammlung nicht teilnehmen konnten, veröffentlichen wir die gefaßten Beschlüsse und bitten, sich damit auseinanderzusetzen.

Enttäuscht bin ich über das ausgebliebene Interesse an unserer Aktion "JÄGER 2000 stoppen - Soziale Sicherheit schaffen". Bitte überlegen Sie für sich selbst sowie in ihren Gruppen und Gemeinden, ob Sie nicht in irgendeiner Form mit dazu beitragen können, diesem wahnsinnigen Rüstungsvorhaben einen Riegel vor zu schieben.

Über die Sommermonate ist unser Büro nicht besetzt, bei unserer Wallfahrt, der Sommerwerkstatt, dem Seminar unserer ad-hoc-Gruppe Rechtsradikalismus/Nationalismus, u.a. Veranstaltungen haben Sie jedoch die Möglichkeit mit Pax Christi - Mitgliedern bzw. Freundinnen und Freunden in Kontakt zu bleiben.

Ich wünsche uns allen für die Sommerzeit viel Sonne und Lebensfreude, Erholung und Muße zum Sammeln neuer vitaler Energien.

Ihr



Franz Josef M. Herz, Friedensarbeiter



INHALT

Seite

VORWORT	von Franz Josef M. Herz	2
NACHTRAG ZUM JAHRESBERICHT	von Wolfgang Deixler	4-5
MUSS PAX CHRISTI UMDENKEN ?	von Martin Pilgram	6
BESCHLÜSSE der DIÖZESANVERSAMMLUNG		7-11
RÜSTUNGSEXPORTE AN DIE TÜRKEI	von Joachim Garstecki	12-13
DEUTSCHE KRIEGSHILFE	nach eine Aufruf von Dr. Andreas Buro	14

ASYL IN DER KIRCHE

15-18

APPELL FÜR EX-JUGOSLAWISCHE DESERTEURE	vom ZEF	19
GEGEN ALLGEMEINE DIENSTPFLICHT	- Aufruf von der K.A.K.	20
BESCHLUSS der DIÖZESANVERSAMMLUNG		21-22
ICH WAR IN ORADOUR	...von Gertrud Deixler und Wilhelmine Miller	23-24
DIÖZESANWALLFAHRT NACH BIRKENSTEIN	von Pfr. Johannes Hain	25-26
EINLADUNG ZUR SOMMERWERKSTATT "SCHALOM"		26
KURZINFORMATIONEN	zusammengestellt vom Friedensarbeiter	27
TERMINE		28-30
PAX CHRISTI- GRUPPEN/ ADRESSEN		31
WIE ES WEITERGING	von Jakob Brummet	32

IMPRESSUM

Herausgeber	PAX CHRISTI Bistumsstelle München Landwehrstr. 44/IV, 80336 München Tel. und Fax: 089 / 54 38 515
Chefredaktion:	(vakant)
zusammengestellt von	Franz Josef M. Herz
Mitarbeit	Wilhelmine Miller

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen aus Platzgründen vor. Dieser Rundbrief wird durch Mitgliedsbeiträge finanziert und kostenlos abgegeben.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe:

12. September 1994

Nachtrag Jahresbericht

Nachtrag zum Jahresbericht des Vorsitzenden der Bistumsstelle auf der Diözesanversammlung am 16.04.1994 in Neufahrn

Liebe Pax Christi - Mitglieder, liebe Gäste der Diözesanversammlung, manches gilt es seit meinem Jahresbericht 1993 vom 28.01.1994 nachzutragen.

Doch zunächst bitte ich, mit mir der Journalistin Lissy Schmidt zu gedenken, die am Ostersonntag in Irakisch-Kurdistan ermordet wurde.

Lissy Schmidt war Mitbegründerin der Pax Christi - Gruppen Wiesbaden und Idstein; sie war ferner von Beginn an in der Kampagne Rüstungsexport aktiv tätig. Als Journalistin hat sie engagiert aus ihrer detaillierten Kenntnis vor Ort über das Schicksal des kurdischen Volkes berichtet. Seit über 15 Jahren setzte sich Lissy Schmidt für Frieden und Gerechtigkeit ein. Wir wollen im Andenken an sie in diesem Bemühen fortfahren.

Aus der Türkei ist Lissy Schmidt ausgewiesen worden, bevor sie im Irak tätig wurde, weil sie über die zunehmende Unterdrückung der Kurden in deren türkischen Siedlungsgebieten berichtete.

Mit dem Leid, dem die Kurden bis hin zu Folter und Ermordung in der Türkei ausgesetzt sind, berühren wir auch ein trauriges Kapitel bundesdeutscher Politik. Dienen den Türken doch deutsche Rüstungsgüter zur Unterdrückung der Kurden, zur Vertreibung der Bevölkerung und zur Zerstörung der Dörfer in Kurdistan. Man scheut sich auch nicht, kurdische Flüchtlinge, selbst solche, die bereits verfolgt und gefoltert wurden, wieder abzuschieben.

Wir danken daher Bischof Lehmann und Landesbischof Engelhardt, daß sie namens der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland die Verantwortlichen ausdrücklich aufgefordert haben, von solch menschenrechtswidrigem Vorgehen abzurücken.



Lissy Schmidt

Uns bedrückt, daß Bayern, das von einer Partei regiert wird, die sich christlich nennt, verfolgte Kurden und Deserteure aus dem ehemaligen Jugoslawien in deren Heimat abschieben will, wo ihnen die Todesstrafe droht. Allen, die aufgrund ihrer Gewissensentscheidung in zivilem Ungehorsam vom Recht nach Art. 20 Abs. 4 GG Gebrauch machen und solchen Menschen Kirchenasyl gewähren, gilt unsere Solidarität.

Wir erwarten, daß auch unsere Kirchenleitung entsprechend dem Vorbild des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz bei der Staatsregierung so nachdrücklich interveniert, daß sich ein Kirchenasyl erübrigt.

Die ökumenische Asylinitiative Gilching kann durch Überweisung unter dem Kennwort "Kirchenasyl Gilching" auf das Konto der Bistumsstelle finanziell unterstützt werden.

Verweisen möchte ich auch auf den Spendenaufruf im Rundbrief 2/1994 für ein bosnisches Flüchtlingslager in Kroatien.

Auf unsere Fragebogenaktion im Rundbrief 1/1994 bekamen wir rund 100 Rückmeldungen. Über die Auswertung, die noch aussteht, werden wir in den nächsten Rundbriefen (siehe S. 6) berichten.

Besorgt bin ich über das deutlich zurückgehende Engagement für die Sache Pax Christi in unserer Diözese. Der Besuch unserer Veranstaltungen, auch des Gottesdienstes an jedem 2. Dienstag im Monat, läßt zu wünschen. Unsere Aufrufe z.B. für einen Redakteur des Rundbriefs und Projekte Theater oder Büroorganisation gingen fehl. Dabei wird Kritik laut, der Friedensarbeiter sei zu sehr mit Büroarbeit beschäftigt. Ich kann nur alle Kritiker bitten zu prüfen, ob sie nicht Zeit erübrigen können, um den Friedensarbeiter von Büroarbeit zu entlasten. Die Bistumsstelle sähe ihn lieber mit anderem beschäftigt, so auch mit der Mitgliederwerbung.

Vom Pax Christi - Präsidium ist die Aktion Mitgliederwerbung angelaufen. Der Haushalt der Sektion ist nämlich schon heuer nicht mehr auszugleichen, wenn wir keine neuen Mitglieder bekommen. Ich bitte daher alle unsere Mitglieder, Freunde und Bekannte anzusprechen, die mit den Zielen und der Arbeit von Pax Christi sympathisieren, doch dies auch mit einem Mitgliedsbeitrag zu honorieren.

WOLFGANG DEIXLER



Muß Pax Christi umdenken?

Mit dem ersten Rundbrief der Bistumsstelle in diesem Jahr haben wir allen Mitgliedern und Interessenten einen Fragebogen zugeschickt, mit dem wir die oben gestellte Frage aufgreifen wollten. Wo stehen wir? Sind wir noch zeitgemäß und wie wollen wir weitermachen? Nach einer ersten Durchsicht möchte ich einige "Ergebnisse" der etwa 100 eingegangenen Fragebögen hier aufzeigen:

Unsere Mitglieder im Bistum sind alles alte Hasen. Im Durchschnitt sind sie schon 12 Jahre bei Pax Christi und 50 Jahre alt. Irgendein anderes Pax Christi Mitglied hat sie irgendwann einmal für seine Gruppe gewonnen oder auf eine Veranstaltung mitgenommen. Ansporn für das Engagement bei Pax Christi waren aktuelle politische Ereignisse, dabei wurde gerade die Verbindung von Glaube und gesellschaftlicher Verantwortung gesucht.

Nachdem in den 80er Jahren die Nachrüstung einen großen Schub für Pax Christi bedeutete, könnte heute die Kirchenasylbewegung der nächste Schub werden. Doch wer sorgt für den nächsten Schub? Für viele hat sich die Lebenssituation geändert. Sie können sich nicht mehr so stark wie früher einbringen. Aber dort, wo sie sich heute noch neben ihrer Arbeit bei Pax Christi engagieren, vor allem in den Kirchengemeinden, sind sicher noch viele, die angesprochen werden könnten, vor allem jüngere Leute. Und hier können für die Problemstellungen, die die Beantworter der Fragebögen bewegen, sicher auch noch viele Interessenten gewonnen werden. Angesagt sind: "Asylproblematik", "Rassismus und Rechtsradikalismus", "Rüstungsexport", "Krieg auf dem Balkan", "Nord-Süd-Konflikt". Von der Bundeswehr scheinen sich die Fragebogenbeantworter schon sehr distanziert zu haben. Fragen wie "Bundeswehr in alle Welt", "BRD ohne Armee", "Neue Rolle der Nato" sind nicht so sehr von Interesse. Und Themen wie "Frauenarbeit"/"Männerarbeit" scheinen auch nur für diejenigen wichtig zu sein, die sich gerade dafür engagieren.

Für die meisten stellt das politische Engagement von Pax Christi kein Problem dar, es könnte ruhig ein wenig mehr sein. Es ist mehr die Effektivität der Arbeit, die sie beklagen. Aber vielleicht sind unsere Erwartungen hier einfach viel zu hoch. Was sind wir doch für ein kleines Häufchen. Und wer sollte schon auf dieses Häufchen hören? Warum?

Große, vielleicht zu große Erwartungen haben unsere Mitglieder auch an die Bistumsstelle. Sie muß all das machen, was man sich nur denken kann. Für die Gruppen sorgen, selbst Gruppenarbeit leisten, Vordenker sein. Wo sie die Zeit dafür hernehmen soll, weiß ich jedenfalls nicht.

Und das allerwichtigste ist der Rundbrief - für den findet man allerdings noch nicht einmal eine/n RedakteurIn. Er soll vor allem Hintergrundinformationen liefern und Veranstaltungen ankündigen.

Dreiviertel aller Mitglieder haben ihren Fragebogen noch zuhause liegen. Wenn sie sich bei dieser Auswertung nicht wiederfinden, dann sind sie selbst ein wenig schuld daran. Sie können es noch korrigieren. Schreiben Sie uns Ihren Standpunkt zu dieser ersten Auswertung. Nur eine lebhaft Diskussion kann uns die Augen öffnen für die wirklich wichtigen Fragen.

MARTIN PILGRAM



Bistumsstelle München
Vorsitzender: Wolfgang Deixler
Vorsitzende: Gertrud Scherer
Landwehrstraße 44/IV
80336 München
Tel., Fax: 089/5438515
Kto. Nr.: 88736-801
Post giro München (BLZ 70010080)

An die
Vorsitzende des Diözesanrates der Katholiken
in der Erzdiözese München und Freising
Frau Stützle

Neufahrn, den 16. April. 94

Betr.: ZDK Papier "Den Frieden fördern und sichern - eine solidarische Pflicht der Staatengemeinschaft".
Erwartungen des ZDK an die Sicherheitspolitik angesichts der veränderten Weltlage.

Sehr geehrte Frau Stützle,

die Diözesanversammlung von Pax Christi im Erzbistum München und Freising hat heute zu dem vorgenannten Papier den folgenden Beschluß gefaßt:

Auch in der heute vorliegenden Fassung des ZDK-Papieres hat sich im Vergleich zu den vorhergehenden Versionen substantiell nichts geändert. Es werden zwar Probleme, die zu einer unfriedlichen Welt führen, differenzierter gesehen, die Zielrichtung des Papiers aber bleibt die alte: eine Rechtfertigung für die "Neuen Aufgaben der Bundeswehr" (siehe Verteidigungspolitische Richtlinien, V.Ruhe 26.11.92). So kann das Papier nur als katholischer Begleitschutz für diese neuen Aufgaben, die sich die Bundeswehr verordnet hat, gesehen werden.

In keiner Weise kann in dem vorliegenden Papier die Fortschreibung von "Gerechtigkeit schafft Frieden" verstanden werden. Wurde dort die Problematik militärischer Friedenssicherung beschrieben, geht es im vorliegenden Papier dagegen um die Rechtfertigung einer Militarisierung friedenssichernder und friedensschaffender Aufgaben.

Für uns ergeben sich insbesondere folgende Fragen an das vorliegende Papier:

- Sind die heutigen Strukturen der UNO dazu geeignet, die vorgeschlagenen Aufgaben zu übernehmen?
- Kann ein Militärpakt (NATO) innerhalb der UNO losgelöst von den Interessen seiner Mitglieder agieren?

- "Unsere wiedergewonnene Souveränität fordert aber auch die Verantwortung und die Lasten der weltpolitischen Lage ungeschmälert mitzutragen" heißt es in dem vorliegenden Papier. Aber warum müssen als erstes militärische Aspekte bedacht werden, wenn man sich seiner Verantwortung stellen will? Kann ein Engagement für den Frieden auf ein rein militärisches reduziert werden?
- "Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker" (Gaudium et Spes Nr. 79). Trifft dieser Satz noch zu, wenn in einer Bundeswehr mit neuen Aufgaben sich auch die Aufgaben des Soldaten ändern; etwa, wenn es um den freien Zugang zu den Rohstoffen dieser Erde geht?

Wir bitten Sie eindringlich darum, bei der anstehenden Sitzung im ZDK Ende April darauf zu drängen, daß das vorliegende Papier, oder ein tendenziell ähnliches, nicht verabschiedet wird. Unsere katholischen Positionen, wie sie etwa im Dokument der Ökumenischen Versammlung (1989) niedergelegt sind, können wir in diesem Papier nicht wiederfinden.

Wenn das ZDK ein Dokument verabschiedet, dann sollte es auch dem breiten Konsens der Katholiken entsprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Jhr
W. Neuhäuser

Der vorausgehende Beschluß wurde in dieser Form Frau Stützle zugeleitet. Die beiden folgenden Beschlüsse "Flüchtlingsbeauftragter" und "Kirchenasyl Gilching" wurden jeweils mit kurzem Begleitschreiben Herrn Kardinal Wetter und Caritasdirektor Neuhauser, der Beschluß "Kirchenasyl Gilching" auch Innenminister Beckstein zugesandt.

Der Beschluß "Plattformprozeß" (s.S. 21f) wurde nach Bad Vilbel - an die Arbeitsgruppe Plattformprozeß - weitergeleitet.

Bis heute erhielten wir auf keines der Schreiben eine Antwort.



pax christi
internationale katholische friedensbewegung

BISTUMSSTELLE MÜNCHEN

Landwehrstrasse 44, 80336 München, Tel./Fax: 089/ 54 38 515

BESCHLUSS

der **DIÖZESANVERSAMMLUNG**

der **PAX CHRISTI - Bistumsstelle München**

am 16. April 1994 in Neufahrn

Betreff: Flüchtlingsbeauftragter der Erzdiözese München und Freising

Wir bitten Herrn Kardinal Dr. Friedrich Wetter, dem Beschluß des Vorstands des Diözesanrates vom 01.02.1993 zuzustimmen, Herrn Weihbischof Siebler mit der Funktion eines Flüchtlingsbeauftragten der Erzdiözese München und Freising zu betrauen.

Begründung:

Der Vorstand des Diözesanrates hat am 01.02.1993 folgenden Beschluß gefaßt:

"Der Vorstand des Diözesanrates bittet H.H. Weihbischof Siebler als Beauftragten für Flüchtlings- und Ausländerfragen, den Bereich "Asyl-Fragen" öffentlich und in der Ordinariats-Sitzung mit zu vertreten.

Der Vorstand bittet ferner darum, den Diözesan-Caritasverband personell so auszustatten, daß dieser den fachlichen, beratenden und begleitenden Maßnahmen zur Asyl-Problematik gerecht werden kann."

Wie Weihbischof Voß als Flüchtlingsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz die überregionalen Fragen aus katholischer Sicht gegenüber Staat und Öffentlichkeit wahrnimmt, ist dies auch durch einen Vertreter der Bistumsleitung für unsere Diözese notwendig. Der Diözesan-Caritasverband kann nur die fachlichen, beratenden und begleitenden Maßnahmen übernehmen. Es bedarf also eines vom Erzbischof legitimierten Vertreters des Ordinariats. So obliegt der Diözese nach dem vatikanischen Dokument "Flüchtlinge eine Herausforderung zur Solidarität" vom 02.10.1992 u.a.: *"Verteidigung der Rechte von Einzelpersonen und Gruppen, unmißverständliche Verurteilung der Ungerechtigkeiten, die Wurzeln dieses Übels sind, Aktionen für die Einführung von Gesetzen, welche den wirkungsvollen Schutz der Flüchtlinge garantieren."*

Es fehlt in unserer Diözese bis heute eine Erklärung des Ordinariates, wie die in diesem Dokument in Teil IV "Die Liebe der Kirche zu den Flüchtlingen" aufgezeigten Pflichten der Diözese und der Gemeinden im einzelnen wahrgenommen werden sollen. So sieht sich auch die Pax Christi-Gruppe Gilching in ihrem Engagement für das Kirchenasyl in St. Sebastian/ Gilching, von der Kirchenleitung nicht unterstützt.



pax christi
internationale katholische friedensbewegung

BISTUMSSTELLE MÜNCHEN

Landwehrstrasse 44, 80336 München, Tel./Fax: 089/ 54 38 515

BESCHLUSS

der DIÖZESANVERSAMMLUNG

der PAX CHRISTI - Bistumsstelle München

am 16. April 1994 in Neufahrn

Betreff: Kirchenasyl in Gilching

Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, der Familie Sapkiran in Bayern Aufenthalt zu gewähren. Ferner ist von einer Abschiebung von Kurden in die Türkei generell abzusehen.

Herrn Kardinal Dr. Friedrich Wetter und den neuen Bischof der Evang.-Luth. Landeskirche bitten wir, die ökumenische Asylinitiative Gilching beim Kirchenasyl in St. Sebastian nachhaltig zu unterstützen, bis staatlicherseits der Gewissensentscheidung der Mitglieder dieser Initiative Rechnung getragen worden ist.

Wir sind der Überzeugung, daß auch dann am Begriff Kirchenasyl festzuhalten ist, wenn Kirchenräume keine rechtsfreien Räume sind.

Begründung:

Nach Art. 105 der Bayerischen Verfassung dürfen Ausländer, die im Ausland verfolgt werden und nach Bayern geflüchtet sind, nicht ausgeliefert und ausgewiesen werden. Unbeschadet dessen, daß Bundesrecht Landesrecht bricht, hat also die Bayerische Staatsregierung die besondere Verpflichtung zu prüfen, ob Abgeschobene in ihrer Heimat verfolgungsfrei leben können. Im übrigen genießen politisch Verfolgte nach Art. 16 GG Asylrecht. Ebenso widerspräche es internationalen Konventionen, die kurdische Familie, die auch als Alewiten verfolgt wurde, zurückzuschicken. Hüseyin Sapkiran wurde bereits gefoltert. Nachweislich werden die Kurden nicht nur im türkischen Kurdistan bekriegt, sie sind auch in der gesamten Türkei vor einer Verfolgung nicht sicher.

In seinem Dokument "Flüchtlinge - eine Herausforderung zur Solidarität" vom 02.10.1992 erklärte der Vatikan: *"Eine überaus genaue und gewissenhafte Beachtung des Prinzips der Freiwilligkeit der Rückkehr ist eine nicht verhandelbare Grundvoraussetzung für jede Verfahrensweise Flüchtlingen gegenüber. Niemand darf in ein Land zurückgeschickt werden, wo er oder sie diskriminierende Handlungen oder ernste, lebensbedrohende Situationen zu befürchten hat."* (Nr.14). Nach diesem Dokument liegt die Pflicht, den Flüchtlingen Gastfreundschaft, Solidarität und Hilfe entgegenzubringen, in erster Linie bei der Diözese (Nr.26). In einer gemeinsamen Erklärung haben überdies die Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland erst am 11.03.1994 die Verantwortlichen aufgefordert, von einer Abschiebung abzusehen, solange auch nur geringe Zweifel an der Sicherheit der Flüchtlinge in ihrem Herkunftsland im Sinne der §§ 51 und 53 AuslG bestehen.

Irreführend ist ein Begriff dann nicht, wenn er eindeutig definiert ist. Das ist für den Begriff "Kirchenasyl" der Fall. Kirchenasyl ist die zeitlich befristete Aufnahme von Flüchtlingen in den Räumen einer Kirchengemeinde, deren ausschließliche Absicht darin besteht, Schutz vor Abschiebung zu gewähren, um dadurch inhumane und rechtswidrige Härten für betroffene Menschen zu vermeiden oder um sie vor Gefahr für Leib und Leben im Rückkehrland zu bewahren. Die Kirchengemeinde, die Asylrecht gewährt, will letztlich nichts anderes, als daß geltendes Verfassungsrecht, in dessen Mittelpunkt die Wahrung der Menschenwürde steht, zur vollen Durchsetzung gelangt (vgl. "Heimatlos", Caritas-Werkheft 1994, S.58).

Im übrigen haben nach Art. 20 Abs. 4 GG alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn jemand es unternimmt, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen. Von diesem Recht machen die Gebrauch, die in Gilching Kirchenasyl gewähren. Nach ihrer Gewissensentscheidung stellen sie sich schützend vor Flüchtlinge, die wider die oben zitierten christlichen Grundsätzen und das Grundrecht nach Art. 16 GG abgeschoben werden sollen.

Der Begriff "Kirchenasyl" trifft also auch im Wortlaut zu, weil in Kirchenräumen im Wege des zivilen Ungehorsams Schutz gewährt wird. Zu einer solchen Asylgewährung sehen sich Christen aufgrund einer Gewissensentscheidung nach Art. 20 Abs.4 GG und nach Nr. 27 des vatikanischen Dokuments vom 02.10.1992 gerechtfertigt. Nach diesem Dokument ist *"der erste Ort, an dem die Kirche den Flüchtlingen ihre Hilfsbereitschaft zeigen muß, die Pfarrgemeinde"*.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

die Bundesregierung hat am Mittwoch, dem 4. Mai 1994 den Lieferstopp für Rüstungsgüter an die Türkei aufgehoben, den sie am 7. April verhängt hatte.

Dazu möchte ich feststellen:

- Ihnen, Herr Bundeskanzler, ist sicher bekannt, daß in Türkei/Kurdistan ein schmutziger Krieg gegen die Zivilbevölkerung geführt wird: Hunderte von Dörfern wurden zerstört, die Menschen vertrieben, Massaker wurden verübt, Menschenrechte mißachtet. Sie wissen in diesem Zusammenhang sicher auch um Äußerungen der türkischen Regierung bzw. des Militärs, die von der "Lösung des Kurdenproblems", ja sogar von "Ausrottung" sprachen. Sie reduzieren jedoch diese Tatsache auf die simple Behauptung, es handle sich um das Vorgehen der türkischen Armee gegen "Terroristen" der kurdischen PKK.
- Die Bundesregierung liefert im Rahmen der NATO-Militärhilfe an das türkische Militär Waffen und sonstige Rüstungsgüter, deren Einsatz in internen Konflikten durch den NATO-Vertrag untersagt ist. Dem Auswärtigen Amt wurden von Mitgliedern der Menschenrechts-Delegationen in die Türkei Fotos, Videos und Zeugenaussagen vorgelegt, die diesen Einsatz gegen Kurden belegen. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses allerdings bezeichnete diejenigen, die diese Beweise geliefert hatten, als voreingenommen. Besitzen Ihrer Meinung nach die türkische Regierung und das Militär, also die Täter in diesem schmutzigen Krieg, ein geringeres Maß an Voreingenommenheit als die Opfer bzw. Zeugen?
- Die Bundesregierung weiß also um den Krieg in Türkei/Kurdistan, sie weiß gleichzeitig um die Anwesenheit von Kriegswaffen aus deutschen Beständen in dieser Region - wollen Sie im Ernst behaupten, daß der Einsatz eben dieser Waffen in eben diesem Konflikt solange nicht nachgewiesen werden könne, solange auf den Ihnen vorliegenden Fotos und Videos keine Szenen vorkommen, in denen mit deutschen Waffen aus NVA- oder Bundeswehrbeständen direkt geschossen wird?
- Der Bundesregierung ist bekannt, daß Kurdinnen und Kurden nicht nur in Kurdistan, sondern auch in der Westtürkei von Verfolgung, Folter und Ermordung bedroht sind, erst recht, wenn sie nach ihrer Flucht in die Bundesrepublik wieder in die Türkei abgeschoben werden. Die Bundesregierung jedoch erklärt diese Bedrohung als nicht-existent und weigert sich, einen Abschiebe-Stopp zu verfügen.

- Der Bundesregierung mußten von Menschenrechtsorganisationen die oben angeführten Informationen geliefert werden, obwohl sie über einen Nachrichtendienst verfügt, der Milliarden an Steuergeldern verschlingt und der ohne die geringste Mühe diese und weitere Informationen hätte liefern können.

Wir fragen die Bundesregierung:

- Hat sie die Absicht, in Zukunft ihre außenpolitischen Entscheidungen davon abhängig zu machen, ob ihr die Faktenlage genehm oder nicht genehm ist?
- Ist sie gewillt, unabhängig von der Informationslage per Order Tatsachen als nicht-existent oder Nichtvorhandenes als Tatsache zu dekretieren? Ist zu befürchten, daß auf der Basis derartiger "Tatsachenbehauptungen" auch Entscheidungen über die Entsendung der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes gefällt werden?
- Hat sie die Absicht, die politischen Richtlinien für Rüstungsexporte derart zu "liberalisieren", daß künftige Exportgenehmigungen durch "Tatsachenbehauptungen" wie Völkermord, Menschenrechtsverletzungen und Staatsterror nicht mehr beeinträchtigt werden?

JOACHIM GARSTECKI



Die von Jochen gestellten Fragen eignen sich sicher auch zur Befragung der Kandidaten der Regierungsparteien bei der ein oder anderen Wahlveranstaltung.

Deutsche Kriegshilfe:

die Abschiebung von Deserteuren und Kriegsflüchtlingen
des Türkei/Kurdistan-Krieges und des Balkankrieges -
oder:

der öffentliche Skandal doppelter Moral !

DEUTSCHLAND - ABSCHIEBELAND

Der Bundesinnenminister lehnt einen generellen Abschiebestopp für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer ebenso kategorisch ab wie einen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Türkei/Kurdistan.

LEERE WORTE - HARTE TATSACHEN

Während die Bundes- und Landesregierungen gegen den verbrecherischen und grausamen Krieg im ehemaligen Jugoslawien protestieren, wurden die Grenzen gegenüber den existentiell gefährdeten Bosniern durch die Einführung des Visumzwangs schon 1992 weitgehend dicht gemacht.

UND NOCH SCHLIMMER

Während serbische Macht- und Kriegspolitiker als Kriegsverbrecher vor ein internationales Tribunal gestellt werden sollen, will die Bundesregierung Deserteure aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien in ihre Heimat zurücktreiben, wo ihnen schlimme Repressalien, bis zu Folter und Tod drohen.

ES IST UNFASSBAR

Unsere deutschen Regierungen, welche die Menschenrechte stets im Munde führen, bereiten systematisch die Auslieferung derjenigen vor, die sich den Kriegsverbrechen verweigert und entzogen haben. Das Strafgesetzbuch kennt den Tatbestand der Beihilfe. Wer dem Täter bei einem Verbrechen durch Rat und Tat wissentlich Hilfe leistet, wird ebenso bestraft wie die Täter. Wollen deutsche Regierende mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt geraten?

KRIEGSFLÜCHTLING - EIN SCHWERES DASEIN IN DEUTSCHLAND

Die Lebensbedingungen der aus Deutschland abgeschobenen Kriegsflüchtlinge werden noch enger beschnitten, sie werden weit ärmer und perspektivloser sein als vor ihrer Flucht. Das Wissen darum treibt viele in unlösbare Existenzängste und erhöht die Suizidgefährdung.

DOPPELZÜNGIG UND MENSCHENUNWÜRDIG

Die deutschen Bundes- und Landesregierungen setzen wie bei der Veränderung der Asylgesetzgebung darauf, daß ausländerfeindliches Handeln bei gleichzeitigem Beklagen von Ausländerfeindlichkeit sich im "Superwahljahr" auszahlen werde. Umgangssprachlich nennt man ein solches Verhalten doppelzüngig. Im Fall von Kriegsflüchtlingen und Deserteuren muß man sogar von Doppelzüngigkeit mit tödlichem Ausgang sprechen.

DIE DEVISE: HELFEN, HELFEN, HELFEN

Mit Bewunderung sehen wir, wie z.B. die Bewegung "Asyl in der Kirche" trotz aller Schwierigkeiten sich ausweitet. Ebenso dringend ist die Unterstützung der vielen Flüchtlings- und Asylgruppen, die sich gegen Abschiebungen einsetzen. Notfalls bedarf es des gewaltfreien zivilen Ungehorsams.

DRUCK AUF POLITIKER STEIGERN

Sie dürfen nicht länger Frieden sagen und Krieg fördern - durch Rüstungsgeschäfte und "Kanonenfutter". Unzählige Gruppen an der Basis der Gesellschaft leisten bereits viel an friedenspolitischer und humanitärer Hilfe, diesem Engagement müssen wir zu mehr Publizität verhelfen.

BONNER WAFFENGERASSEL STATT MENSCHLICHEM ENGAGEMENT

Den Preis militärischer Interventionen ist die Bundesregierung zu zahlen bereit. Bis tief hinein in die Reihen der Opposition. Die menschlichen Opfer erbringen ohnehin die anderen. Die unendlich geringeren aktuellen Kosten human stimmiger Friedenspolitik scheuen Bundes- und Landesregierungen. Die eigenen Bürgerinnen und Bürger werden menschenrechtlich und demokratisch nicht ernst genommen. Um so mehr sind wir alle aufgerufen, uns gegen diese Politik zu kehren, denn sie mißachtet Menschenrechte und Frieden.

(nach einem Aufruf des Komitee f. Grundrechte u. Demokratie, v. Dr. Andreas Buro)

"KICHENASYL" - ein mißverständlicher Begriff

KIRCHEN IM RECHT - keine (un-) "rechtsfreien Räume"

Heute am 4. Juni, da ich diesen Artikel schreibe, sind es exakt zwei Monate, daß sich die Gilchinger Kirchengemeinden in Zusammenarbeit mit pro asyl und Pax Christi entschlossen haben, die von Abschiebung in die Türkei bedrohte kurdische Familie Sapkiran in den Räumen der kath. Kirche St. Sebastian aufzunehmen. Eine breite Solidaritätsbewegung wurde - insbesondere durch zahlreiche und ausnahmslos positive Berichte in den Medien in Gang gesetzt.

DAS ASYL IST BEENDET - NICHT UNSER BEISTAND

Leider konnte das erste und alles überwiegende Ziel, für die von Gefängnis, Folter und Tod bedrohte Familie einen Duldungsstatus zu erwirken, bis heute nicht erreicht werden. Die Sapkirans befinden sich weiterhin auf der Flucht, illegale Flüchtlinge in Deutschland, ohne gesicherte Versorgung und rechtlos, in ständiger Angst und ohne Perspektiven. Auch die Frage, ob der Petitionsausschuß des Bayerischen Landtages die noch anhängige Petition jetzt überhaupt noch behandelt, bleibt ungewiß.

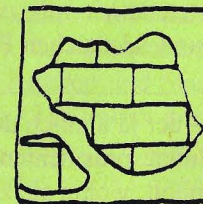


Wir können jedoch im Vertrauen auf die schützende Hand Gottes und die tätigen Hände vieler, die sich durch das Schicksal der Familie treffen ließen, sagen, daß zwar das Asyl in der Gilchinger Sebastianskirche, nicht aber unser Einsatz für das Lebensrecht der Familie beendet ist.

PRÜFSTEIN FÜR KIRCHLICHE GLAUBWÜRDIGKEIT

Das Gilchinger Kirchenasyl und die parallel dazu im gesamten Bundesgebiet gegründete ökumenische Arbeitsgemeinschaft "Asyl in der Kirche" (siehe Rundbrief 2/1994, S.9f) ließen das Thema "Kirchenasyl" zu einem Dauerbrenner in den Medien werden, der aller Vorraussicht nach sowohl das Sommerloch der Presse füllen, als auch die Wahlkämpfe dieses Jahres dauerhaft begleiten wird.

Und auch wenn es einige wenige Pax Christi-Mitglieder anders sehen, so beweist mir doch die überwiegende Vielzahl positiver Rückmeldungen, daß ich mit meiner Einschätzung richtig liege, wenn ich behaupte, daß das Kirchenasyl zu einem Prüfstein für Lebendigkeit und Glaubwürdigkeit unserer Friedensbewegung in nächster Zukunft werden kann.





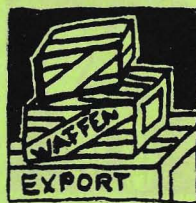
Für erwähnenswert halte ich, daß die Bistumsstelle München bereits Anfang dieses Jahres das Thema "Kirchenasyl" beraten und dabei festgehalten hat, daß wir bei aller Kritik am sog. Asylkompromiß¹ nicht zur massenhaften Aufnahme u.E. ungerechtfertigte abgewiesener Asylbewerber aufrufen, um den Staat nicht zu provozieren.

Wohl aber beschloß die Bistumsstelle Gemeinden nachhaltig und entschieden zu unterstützen, für die einzelne "Asylfälle" zu Menschen geworden sind, und die deren aufgezeigten Fluchtgründen mehr Glauben schenken als dies das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nach Aktenlage vom Schreibtisch aus getan hat, und die folglich gemäß den Forderungen ihres christlichen Gewissens diesen Beistand und Schutz vor vorschneller Abschiebung gewähren.

Die Diözesanversammlung am 16. April 1994 in Neufahrn bestätigte diese Entscheidung der Bistumsstelle durch ihren Beschluß "Kirchenasyl Gliching" (s.S.10f)

SCHWERPUNKT TÜRKEI/KURDISTAN

Zeitgleich gewann unser Schwerpunkt Türkei/Kurdistan ein traurige Aktualität durch die Ermordung von Lissy Schmidt (s. Rundbrief 2/1994, S.6 und in diesem Rundbrief S.4), und die Bundesregierung setzte endlich am 7. April die Restlieferung der Waffen und des militärischen Geräts aus, das entsprechend dem "Abkommen Militärhilfe II" von 1990 bis 1994 geliefert wurde, um diese Aussetzung dann einen Monat später wieder rückgängig zu machen (s.S.12f).



Ob man wie medico international der Bundesregierung eine "Mitschuld an der Ermordung Lissy Schmidts" vorwerfen kann, sei an dieser Stelle dahingestellt, denn dies gibt uns Lissy auch nicht wieder. Fest steht allerdings seither, daß durch das Schweigen der westlichen Regierungen, durch Waffenlieferungen, "Sicherheitskooperation" und direkte Verteidigungshilfen mit unseren Steuergeldern das kurdische Volk in der Türkei verfolgt und bekriegt wird.

Dabei spielt es für uns eine nur unwesentliche Rolle, ob die kurdischen Dörfer nun letztendlich mit russischen, "halb-deutschen" (aus NVA-Beständen) oder vollends bundesdeutschen Panzern dem Erdboden gleichgemacht wurden. Das Auswärtige Amt

¹ - der ja ähnlich demokratisch zustande kam wie heuer die Wahl unseres Bundespräsidenten, und der die Masse unserer Bevölkerung in ihren Ängsten dort abholt, wohin sie zahlreiche "Warner vor Überfremdung, Durchrassung und gesteigerter Ausländerkriminalität" getrieben hatten, -

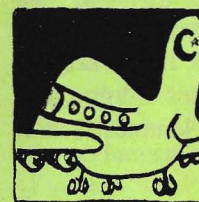
prüft zumindest seither die Berichte von Lissy Schmidt posthum und die zahlreichen anderen Berichte der Menschenrechtsdelegationen und Hilfsorganisationen "gewissenhaft".

Das Verbot kurdischer Kulturvereine spielt in dem Gesamtzusammenhang eine ebenso wichtige Rolle, wie die gewalttätigen Ausschreitungen militanter Kurden.

Aber Beispiele wie der beginnende Friedensprozeß in Israel/Palästina, die Annäherungen von Spaniern und Basken, die Überwindung der Apartheid in Südafrika, u.a. sollten doch der türkischen Regierung zu denken geben, daß Friedensprozesse auch in Gang gesetzt werden können, obwohl es noch Überreste ehemaliger Terrororganisationen gibt, für die der Terror zum Alltag und das Ziel eines friedvollen Miteinanders scheinbar unerreichbar geworden ist.

KENNTNIS DES HERKUNFTSLANDES DER FLÜCHTLINGE

Diese Überlegungen zum Herkunftsland der Familie Sapkiran waren mir an dieser Stelle so wichtig, weil solche Vorkenntnisse für jede Gewährung von Asyl in der Kirche von entscheidender Bedeutung sind. Das Wissen über die Situation der Kurden in der gesamten Türkei, über die Unmöglichkeit eines menschenwürdigen

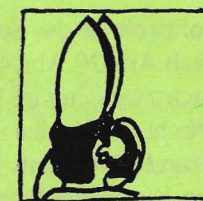


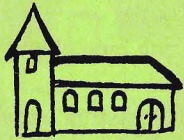
Lebens für die Familie weder in der Ost- noch in der Westtürkei, war für die Entscheidung der Gilchinger zum gewaltfreien zivilen Ungehorsam zumindest ebenso wichtig wie das persönliche Kennen und die Glaubwürdigkeit der betroffenen Menschen. Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen Einschub zum Begriff "Kirchenasyl", das die Arbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche eindeutig neu definiert hat.

KIRCHENASYL IST IRRFÜHREND

Irrführend, wie z.B. unser Kard. Friedrich Wetter den Begriff sieht, wird er durch seinen geschichtlichen und spirituellen Hintergrund. Biblisch und antik-historisch unbezweifelt stellten Tempel und Heiligtümer - so schon die Standarten des "Hl. Römischen Reiches" - von staatlichem Recht freie Räume dar.

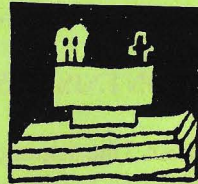
Wir brauchen die Entwicklung kirchlichen Asyls durch das Mittelalter bis zur Reformation nicht genauer zu verfolgen, feststeht, daß seit der Reformation die sakralen Räume immer weniger per se als durch die Anwesenheit des darin Gottesdienst feiernden Volkes Gottes geheiligt wurden. Durch die Konkordate zwischen Kirche und Staat wurden auch die Grenzlinien zwischen Kirchen und Staat eindeutiger gezogen, so daß das in can 1179 des Kirchenrechts von 1917 immer noch festgeschriebene kirchliche Asylrecht nie offen - gegen den Staat - behauptet wurde. Deshalb konnte es der neue Codex des kanonischen Rechts 1983 auch widerspruchsflos wegfallen lassen.





Kirchenasyl hat aber einen starken spirituellen Aspekt. Auch wenn die Kirchen damit einen neuen Konflikt mit den staatlichen Organen riskieren, haben ihre Gebäude doch - als "heilige Orte" - eine spirituelle Kraft, die z.B. Innenminister Beckstein veranlaßt hätte, keine ortsansässigen sondern ortsfremde Polizeibeamte zu einem Kirchensturm einzusetzen. Vielfach entschuldigten sich bereits die Beamten, die Familie Sapkiran zu einer eventl. Beteiligung an den Augsburger Ausschreitungen in den kirchlichen Räumen befragen mußten.

Der Kirchenraum stellt für die Gläubigen das himmlische Jerusalem dar, wo es keinen Streit und keinen Haß, keinen Zwang und keine Gewalt mehr gibt; diese Hoffnung auf die göttliche Verheißung feiern wir sakramental in den Gottesdiensten. Warum sollten Christen nicht auch gegen Zwang und Gewalt am gleichen Ort zeichenhaft handeln, indem wir mit friedlichen Mitteln Armen und Bedürftigen Schutz gewähren? Und dient solches Tun nicht der ersten und einzigen Bedeutung



dieser loca sacra, nämlich der Ausübung und Förderung von Frömmigkeit und Gottesverehrung (vgl. can 1210 des kanonischen Rechtes CIC/1983)? Oder sollten wir mit Heinrich Heine klagen: "Ach hättest Du nur einen anderen Text zu Deiner Bergpredigt genommen, besaß ja Geist und Talent genug und kanntest schon die Frommen".

RECHTLICH AUSDISKUTIERT

Politisch ist die Sachlage klar, denn ziviler Ungehorsam ist zwar nach Art. 20 Abs.4 GG verfassungsgemäß, steht aber seiner Natur nach zwingend im Gegensatz zur Politik der Regierung.

"Nicht die Zahlen sondern wahltaktische Kalküle sind deshalb der Grund dafür, daß Kanther und seine Partei nun den Konflikt mit den Kirchen riskiert .. Das Werben um Stimmen von rechtsaußen und rechtsdraußen ist der christlichen Union derzeit wichtiger als das Einvernehmen mit den Kirchen und die Achtung christlicher Überzeugungen."²

Es bleibt zu bemerken, daß mehr als 80% aller Fälle von Kirchenasyl (knapp 2000 Fälle in acht Jahren) zugunsten der Flüchtlinge abgeschlossen und Asylentscheidungen positiv korrigiert wurden.



Franz Josef M Herz

Appell

zugunsten der Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus dem ehemaligen Jugoslawien

Wir Bürgerinnen und Bürger Europas,

entsetzt über den Krieg, der das ehemalige Jugoslawien verwüstet,

beunruhigt durch das Schicksal, das hunderttausende Deserteure dieses Konflikts trifft, von denen nur eine Minderheit ins Ausland fliehen konnte,

empört über die Doppelzüngigkeit der europäischen Staaten, die einerseits diesen Krieg verurteilen, andererseits die Deserteure, Stellungsflüchtlinge und Kriegsdienstverweigerer in keiner Form unterstützen und ihnen sogar mit Rückschaffung drohen - zurück zu den Greueln dieses Krieges, an denen teilzunehmen sie sich schon einmal geweigert haben.

Im Bewußtsein, daß diese Dienstflüchtlinge, die Botschafter der Versöhnung und eines zukünftigen Friedens sind und die Ehre ihres Landes verkörpern, derzeit bestenfalls unverstanden bleiben und - oft sogar von ihren eigenen Familie - ausgestoßen oder, im schlimmsten Fall, von den Kriegsverbrechern als "Verräter" verfolgt werden,

1. Begrüßen die vom Europäischen Parlament einhellig (am 28. Okt. 1993) verabschiedete Entschließung, in der die Europäische Gemeinschaft und die EG-Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, Deserteure und Kriegsdienstverweigerer, die sich den verschiedenen Streitkräften, die sich auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien bekämpfen, entzogen haben, aufzunehmen, zu unterstützen und als Flüchtlinge anzuerkennen;

2. setzen uns - jede und jeder nach ihren, seinen Möglichkeiten - **persönlich dafür ein**, Empfang, Schutz und Unterstützung der Deserteure zu gewährleisten (Unterbringung, Rechtshilfe, Ausbildung, u.s.w.);

3. verlangen von unseren politischen Vertretern, entsprechend den Forderungen des Europäischen Parlaments:

- die Völkergemeinschaft aufzufordern, Normen zum Schutz von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern aufzustellen, die sich nicht an nationalistischen Kriegen beteiligen möchten, die von ihr unmißverständlich verurteilt wurden,
- geeignete Maßnahmen zur Aufnahme von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern vorzusehen,
- ihnen einen Rechtsstatus zu gewähren und sich klar gegen Ausweisungen zu wenden,
- Programme und Vorhaben zu entwickeln, um Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Kriegsdienstverweigerer zu schaffen
- und auf die Regierungen des ehemaligen Jugoslawien den nötigen Druck auszuüben, damit generell für alle Deserteure und Kriegsdienstverweigerer eine Amnestie gewährt wird.

"Es ist schön, kriminellen Befehlen nicht Folge zu leisten." (Anatole France)

Schön aber schwierig. Schaffen wir überall ein Empfangs- und Unterstützungsnetz für Deserteure und führen wir Kampagne, um unsere Regierungen dazu zu bringen, ihre Taten endlich mit ihren Reden in Einklang zu bringen.

Unterschriftenlisten zur Unterstützung der Kampagne sind erhältlich beim:

Zentrum für Entwicklung und Freiheit (ZEF)

Deserteurkampagne

Pariserstr. 7

81669 München

² Dr. Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung, vom 17. Mai 1994, S. 4

ALLGEMEINE DIENSTPFLICHT - WIR SAGEN NEIN !

Geht es nach dem Willen führender Politiker von beiden großen Volksparteien, so soll eine Dienstpflicht für junge Männer und je nach Vorschlag auch für Frauen eingeführt werden. Begründet werden diese Vorschläge mit der Wehrgerechtigkeit oder einer möglichen Abschaffung der Wehrpflicht und mangelndem sozialen Engagement bei jungen Menschen. Der eigentliche Hintergrund ist jedoch die katastrophale Situation im Pflegesektor.

Derzeit sind drei Vorschläge in der Diskussion:

1. Die Einführung einer Dienstpflicht für alle jungen Männer, die weder Wehrdienst noch Zivildienst leisten.
2. Die Einführung einer Dienstpflicht mit den Auswahlmöglichkeiten Wehrdienst oder Dienst im sozialen bzw. ökologischen Bereich zu leisten.
3. Die Einführung einer Dienstpflicht für junge **Frauen und Männer**. Männer können wählen zwischen Wehr-, Ersatz- oder Umweltdienst und Frauen zwischen Sozial- und Umweltdienst.

Die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst (K.A.K.) wendet sich gegen alle Bestrebungen, die zur Einführung eines sozialen Pflichtdienstes führen sollen und fordert Politik und Parteien auf, von diesen Plänen Abstand zu nehmen. Die K.A.K. stellt fest:

- ☐ Derzeit leisten ca. 70% aller Zivildienstleistenden ihren Dienst im Pflegebereich und sind damit zu wichtigen Stützen der personellen Versorgung geworden, weil qualifiziertes Personal nicht verfügbar ist oder zu große Kosten verursacht. Dabei hat die K.A.K. stets die Forderung erhoben, daß Kriegsdienstverweigerer einen Friedensdienst leisten können und nicht zu Flickschustern des sozialen Systems werden. Die Einführung einer Dienstpflicht würde dieses "Flickschustermodell" nur noch weiter fördern.
- ☐ Ein soziales oder ökologisches Pflichtjahr wird derartige Kosten verursachen, die die Zivildienstkosten bei weitem übersteigen. Die Bereitstellung von gut ausgebildetem Pflegepersonal wäre kostengünstiger.
- ☐ Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht trägt nicht zu solidarischer Einstellung bei. Dienstpflicht ist Zwangsdienst und wird als Zwang empfunden.
- ☐ Frauen, die bereits jetzt schon den größten Teil der Pflege übernehmen, werden durch die Einführung einer Dienstpflicht noch weiter benachteiligt. Eine Dienstpflicht für Männer und Frauen trägt zur Verstärkung des traditionellen Rollenverständnisses bei und hat nichts mit dem Gleichheitsgrundsatz zu tun.

Stattdessen fordert die K.A.K.:

- ☐ **keine Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen**
- ☐ **Neukonzipierung des Sozial- und Gesundheitswesens mit entsprechender Qualifikation und besserer Vergütung.**

Unterschriftenlisten zur Unterstützung der Forderungen der K.A.K. sind im Büro der Bistumsstelle erhältlich.



Bistumsstelle München
Vorsitzender: Wolfgang Deixler
Vorsitzende: Gertrud Scherer
Landwehrstraße 44/IV
80336 München
Tel., Fax: 089/5438515
Kto. Nr.: 88736-801
Postgiro München (BLZ 70010080)

BESCHLUSS der DIÖZESANVERSAMMLUNG der PAX CHRISTI - Bistumsstelle München am 16. April 1994 in Neufahrn

Betreff: Plattformprozeß

Wir fordern von Pax Christi als Katholischer Friedensbewegung, in der neu zu formulierenden Plattform bei der Frage der Gerechtigkeit Frauen als benachteiligtes Geschlecht besonders zu benennen, d.h.

- in einem global zunehmenden wirtschaftlichen Verteilungskampf um Arbeit und Einkommen Frauen als besonders Betroffene zu erkennen;
- unbezahlte Erziehungs-, Pflege- und ehrenamtliche Arbeit verstärkt auch als Aufgabe der Männer zu sehen;
- ein Sozialstaatsmodell mit einer gerechten Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen anzustreben;
- sich für Parität zwischen Frauen und Männern auf allen Ebenen, auch innerhalb von Pax Christi einzusetzen;
- gegenüber der eigenen Kirche die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen an allen Ämtern einzufordern.

Begründung:

Zu den Zeichen der Zeit gehört die wachsende Wahrnehmung und die Artikulation der Diskriminierung von Frauen in Kirche und Gesellschaft.

"Die Kirche soll Modell für das gleichwertige und partnerschaftliche Zusammenleben und -wirken von Männern und Frauen sein." So formulierte die Deutsche Bischofskonferenz 1981 in ihrem Wort "Zu Fragen der Stellung der Frau in Kirche und Gesellschaft".

Das Grundgesetz der BRD schreibt in Art. 3 Abs.2 fest: *"Männer und Frauen sind gleichberechtigt"*.

Ungeachtet dieser und anderer Postulate sind Frauen immer noch schwer benachteiligt:

- Fraueneinkommen liegen im Schnitt 30% unter denen der Männer.

- Frauen sind in Führungspositionen von Wirtschaft und Gesellschaft verschwindend gering vertreten.
- Frauen sind von Arbeitslosigkeit überproportional betroffen.
- Frauen leiden aufgrund der Familienarbeit, die keinen eigenen Rentenanspruch begründet, unter Altersarmut.
- Frauen wird von der Gesellschaft die Hauptlast der Kindererziehung aufgeladen.
- Frauen sind in hohem Maß Opfer von sexueller Gewalt in Familie und Öffentlichkeit.
- Frauen sind in unserer Kirche vom Priesteramt und damit von wesentlichen Wirkungsmöglichkeiten und Entscheidungsfunktionen ausgeschlossen.

Das vorschnelle und selbstverständliche Propagieren einer Gemeinschaft von Männern und Frauen kann leicht dazu führen, daß die Benachteiligung von Frauen übersehen bzw. verdeckt wird.

Grüß Gott, CSU/CDU: Überlaßt das "C" den Kirchen!

Inge Ammon und Elsa Fredmüller (s.S. 31) zeichnen verantwortlich für einen Aufruf an die C-Parteien, ihr Christsein im Umgang mit

- Armen und Schwachen
 - Randgruppen und Fremden
 - Frauen und Kindern
 - dem Frieden, der Gerechtigkeit, der Schöpfung und der Kirche
- mit Glaubwürdigkeit zu bezeugen - indem sie den Namen Jesu Christi den Kirchen überließe.

Denn bei den C-Parteien blieben, wie bei den anderen, die Anliegen Jesu von Nazareth, nämlich der Einsatz für die o.g. Interessen(-sgruppen) auf der Strecke.

AKTION: 5.000 Kerzen für Kurdistan
beim Katholikentag Dresden
sucht noch dringend Helferinnen!

Kontakt: Büro der Kampagne
Bahnhofstr. 18, 65510 Idstein

22

Für diese Stelle war eigentlich ein Bild geplant, aber es gibt so viele Informationen und nach unserer Fragebogen-Umfrage sind diese unseren LeserInnen wichtiger als die Bebilderung. Entschuldigen muß ich mich für die wenigen Stellen wie S.14, bei denen ich einen Kleindruck verwenden mußte.

Suzanne Fischer konnte durch Ihre/Eure Spendenbereitschaft in SAVUDRIJA am Ostersonntag folgende Hilfsgüter an notleidende BosnierInnen verteilen:

25 kg Wolle, 50 kg Schuhe, 50 kg Herrenwäsche, 65 kg Damenwäsche, 25 kg Kinderwäsche, 50 kg gemischte Oberbekleidung, 10 kg Handtücher, 60 kg Körperpflegemittel, 55 kg Zahnpasta, 410 Zahnbürsten, 269 Pak. Multivitamin-tabletten und weitere Medikamente im Wert von ca. DM 2000,- sowie diverse haltbare Lebensmittel.

Allen Spenderinnen und Spendern ein herzliches Vergelt's Gott!

ICH WAR IN ORADOUR ... Keiner darf dieses Dorf vergessen

Am 10. Juni 1944 fuhren deutsche Soldaten in den kleinen Ort Oradour-sur-Glone ein. Sie trieben die Bevölkerung in die Kirche und zündeten diese an. Die Entsetzensschreie der Verbrennenden rührten die Peiniger nicht. Wer zu entkommen suchte, wurde erschossen. Nur wenige Einwohner entgingen dem grausigen Zugriff der Unmenschen, die ein ganzes Dorf auslöschten.

Warum diese Menschen sterben mußten? Niemand wird eine Antwort wagen. Aber uns bleibt die Scham über das Geschehene. Was ihn beim Besuch des neuen Oradour bewegte, das neben dem alten aufgebaut worden ist, berichtete uns P. Manfred Hörhammer im Jahr 1955 in der Zeitschrift "Michael";

Auf unserer Fahrt vom 25.4. - 4.5.1994 zum PAX CHRISTI-Kongress in Lourdes - zum Gedenken der 50-jährigen Gründung von PAX CHRISTI - feierten wir einen eindrucksvollen Gottesdienst in der neuen Kirche von Oradour mit Abbé Wahl aus Metz (Geistlicher Beirat von PAX CHRISTI Frankreich) und Herbert Fröhlich. Wir waren alle sehr bedrückt. Als Fürbitte konnte ich nur sagen: "Herr vergib uns unsere Schuld."

50 Jahre sind es am 10. Juni 1994, da Männer eines ganzen Dorfes erschossen, die Frauen und Kinder in die Kirche getrieben wurden, angezündet und noch hineingeschossen wurde, das ganze Dorf ist abgebrannt, ausgelöscht und so stehen noch die verkohlten Trümmer, verbrannte Fahrzeuge und Geräte, dort stehen Reste eines Kinderwagens, gespenstisch und so voller Leid und Traurigkeit. Schweigend gehen wir durch und weiter zum Friedhof. Dort lesen wir die Namen, wir sehen Fotos der Menschen, der unschuldig Ermordeten und warum? - Irrtümlich, wie sich später herausstellte und jetzt gibt es einen Bericht, daß es sich um einige Barren Gold der SS gehandelt haben soll. - Es war so traurig, ich kann es nicht beschreiben.

Das erstmal von diesem Massaker hörte ich durch meinen Schwager, Willy Waltenberger aus Thannhausen, der in französischer Kriegsgefangenschaft war. Oft erzählte er uns die Geschichte mit Erschütterung. Erst viel später erfuhr ich durch PAX CHRISTI davon.

Abbé Wahl saß bei der Schlußrunde des Kongresses auf dem Podium und regte an, daß Gruppen und Einzelpersonen von PAX CHRISTI sich einen bestimmten Politiker, der mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien zu tun hat, aussuchen, sich zu einem regelmäßigen Gebet für diesen verpflichten und ihm dies mitteilen sollten. Abbé Wahl bot einen Briefentwurf und Adressen an und sagte dazu "ich habe nie für Hitler oder Stalin gebetet".

Zwei Jahre Krieg in Bosnien zwei Jahre Gewalt , Leiden. Tote!
Wir denken an alle unsere Brüder und Schwestern, Opfer dieser Hölle. Wir fühlen uns solidarisch mit ihnen und wollen es sein, mit jedem und jeder von ihnen, ohne irgendeine Unterscheidung . Wir sind eine Gruppe von Christen (Gläubigen) und wir denken, daß Gott, der uns alle nach seinem Bilde geschaffen hat, jedem im Innersten seines Gewissens helfen kann, Entscheidungen zu entdecken und durchzuführen, die zum Frieden führen. Unsere Gruppe nimmt sich vor, für Sie zu beten, vielleicht mit Ihnen, indem wir Gott, den Vater aller Menschen, der sie alle liebt , anflehen, Sie in Ihren Bemühungen zu unterstützen, daß Friede und Eintracht für alle die Männer und Frauen, die Alten und Kinder, zurückkehre, die sich von ganzem Herzen danach sehnen.

Datum

Unterschrift

Wir veröffentlichen den Entwurf an dieser Stelle, falls jemand diesen oder einen ähnlichen Brief an eine der folgenden Adressen schreiben möchte:

Private Letter	Private Letter	Privat Letter
Mr Radovan Karadzic 71420 Pale Bosnie	President Dr. Franjo Tudjman Predsjednicki Dvori 1 41000 Zagreb/ Kroatien	President Alija Izetbegovic Sarajevo Bosnie

Da uns die Sorge um das Gilchinger Kirchenasyl auf der ganzen Reise begleitete, nahmen wir die Anregung von Abbé Wahl auf und verfaßten folgenden Brief an den Bayerischen Innenminister Beckstein:

Sehr geehrter Herr Dr. Beckstein,
am 30.4./1.5. nahmen wir als deutsche Delegation am Kongress "50 Jahre PAX CHRISTI" in Lourdes teil.
Die PAX CHRISTI-Bewegung entstand 1944 durch Petrus Maria Théas, dem damaligen Bischof von Tarbes und Lourdes und setzte sich die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland zum Ziel.
Wir grüßen Sie von hier mit Shalom und beten für Sie, daß Sie immer Wege finden mögen, Ihr politisches Handeln in christlichem Geist zu verwirklichen.
Der Brief wurde von allen Delegations-Mitgliedern unterschrieben.

GERTRUD DEIXLER

WILHELMINE MILLER

Diözesanwallfahrt nach Birkenstein am Samstag, den 9. Juli 1994

Liebe Freundinnen und Freunde in PAX CHRISTI,
bei der Diözesanversammlung in Neufahrn am 16.4.1994 hat uns Professor Heinrich Missalla ein ausgezeichnetes Referat gehalten über die biblische Fundierung von PAX CHRISTI im Rahmen des Plattformprozesses. Im letzten Teil seines Referates gab er uns zehn konkrete Orientierungspunkte für den spirituellen Weg von PAX CHRISTI.
Spontan kam mir der Gedanke, diese Orientierungspunkte können wir aufgreifen für unsere Wallfahrt und sie im Gespräch und Gebet miteinander vertiefen.

In unseren vielen Aktivitäten und in den schwierigen Plattformdiskussionen spüren wir doch stark den Wunsch nach spiritueller Orientierung für unsere Friedensarbeit.

Ich stelle die Wallfahrt unter das Leitwort:

**"Mut zum Leben und zur Zukunft
gegen den Geist der Schwere!"**

Hier die 10 Orientierungspunkte:

- 1. Mut zum Glauben als Standhalten**
- 2. Impulse aus Eucharistie und Gebet**
- 3. An der Seite der Opfer**
- 4. Nicht-Anpassung und Widerstand**
- 5. Gewaltfreiheit als Lebensform**
- 6. Die Arbeit am Frieden**
- 7. Vom notwendigen Fragen und Streiten**
- 8. Die Unscheinbarkeit des Dienstes**
- 9. An der Hoffnung festhalten**
- 10. Geschwisterlich leben**

Liebe Freundinnen und Freunde in PAX CHRISTI, vielleicht lockt Euch der eine oder andere Orientierungspunkt zu einem "Emmausgespräch" auf den Wallfahrtsweg und vielleicht "brennt uns das Herz" bei der gemeinsamen Eucharistiefeier in St. Martin in Fischbachau.

Ich freue mich auf Euer Kommen
Euer

Johannes Klein

Zum Organisatorischen unserer Wallfahrt:

Abfahrt München-Starnberger-Flügelbahnhof, Gleis 36
Richtung Bayrischzell, um 8.30 Uhr nach Geitau
(Ankunft in Geitau 9:48)

Wir wallfahren von Geitau auf einem Waldweg ca. 60 Min.
nach Birkenstein; gegen 11:00 Statio in der Wallfahrtskirche.
Von dort aus gehen wir ca. 30 Min zur Pfarrkirche St. Martin
(dem Pax Christi - Patron) in Fischbachau; dort feiern wir die Eucharistie.
Gelegenheit zum Mittagessen besteht in einer Gaststätte.

Die Rückfahrt ist von Fischbachau aus für 16:16 geplant.
Rückkehr München Hbf. 17.30 Uhr

Wilhelmine Miller organisiert eine Gruppenfahrt.

Anmeldung bis spätestens 4.7.94,

Telefonisch erreichbar bestens morgens zwischen 8 - 10 Uhr:
unter Tel. 089/15 73 500

Es ist zu empfehlen, daß sich die Bahn-Card-Besitzer die Fahrkarte selbst
besorgen.

Schalom

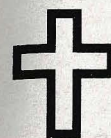
Hoffnung - Angebot - Herausforderung **Zur theologischen Dimension des Friedens**

Sommerwerkstatt 1. - 7. August 1994
St. Michaelshaus, Roßbach bei Naumburg

Herzliche Einladung ergeht auch in diesem Jahr zur familiengerechten
Sommerwerkstatt, in diesem Jahr in Sachsen-Anhalt. Neben der reizvollen
Landschaft des Saale-Unstrut-Weinanbaugebietes bietet die Umgebung viele
Sehenswürdigkeiten, wie den Naumburger Dom, Bad Kösen mit der
Burgruine Saaleck, den Weinort Freyburg, u.v.m.
Die thematische Arbeit erfolgt jeweils vormittags, die Grundlage bildet das
Wort der Deutschen Bischöfe "Gerechtigkeit schafft Frieden" (1983).

Weitere Informationen und Anmeldung beim Deutschen Sekretariat (s.S.30)

KURZINFORMATIONEN



Am 8. Mai 1994 verstarb unser Pax
Christi - Mitglied

Antonie Pilatus

im Alter von 69 Jahren.

Unser Herr, Jesus Christus,
gebe ihr Anteil am ewigen Leben
in seinem Friedensreich.

Mitein-
ander leben
in Hadern e.V.
beschäftigt sich
gerade sehr intensiv
mit der Menschen-
rechtssituation in Togo

Nähere Informationen
über:

Lore Schelbert
Fritz-Baer-Str. 23
81476 München

oder

Willy Schanz
Adresse siehe
Seite 31

Material zur Kampagne "Jäger 2000 stoppen - soziale Sicherheit
schaffen" direkt beim:
Deutschen Sekretariat, Martin Herndlhofer
Postfach 1345, 61103 Bad Vilbel, Tel.: 06101/ 2073

Korrektur zur Jahresrechnung 1993

Nachdem bei der Diözesanversammlung Ungereimtheiten bei den Beiträgen
bzgl "Bosnien" festgestellt worden waren, habe ich diese noch einmal
überprüft. Dabei ergaben sich nun die folgenden Zahlen:

Anfangsbestand Bosnien (1.1.93):	4.100,00 DM
Einnahmen 1993:	115.646,18 DM
Ausgaben 1993:	55.706,53 DM
Endstand 1993:	64.039,65 DM

Ich hoffe mit dieser Klarstellung (der Endstand ist wie schon angegeben) die
notwendigen Richtigstellungen geliefert zu haben.

Martin Pilgram

TERMINE

Juni 1994

Fr, 10.06.1994, 19:30 Gesprächs- und Diskussionsabend
"Friede in Bosnien durch Bomben?"
 Gemeindesaal der Erlöserkirche, Ungererstr. 17
 Veranstalter: Münchner Friedensbündnis

Mo, 13.06.1994, 19:30 Vortrag in engl. Sprache mit Übersetzung von:
**Matthew Fox - "Weisheit, Mut und Mitgefühl -
 Wege einer ökologischen Spiritualität"**
 Kreuzkirche, Hiltenspergerstr. 55
 Veranstalter: Buchhandlung Pfeiffer

Di, 14.06.1994, 18:00 **PC-Gottesdienst** in St. Bonifaz, Krypta

Mi, 15.06.1994, 19:00 **Gebets- u. Meditationsstunde für den Frieden**
 in St. Stefan/ Berg am Laim
 Veranstalter: Weltkonferenz der Religionen für den Frieden (WCRP)

Mi, 15.06.1994, 19:00 Informationsveranstaltung für Helfer u. -kreise
"Asylbewerber, Flüchtlinge und Zuwanderer"
 mit Wolfgang Klug
 Karmelitensaal, Parcellistr
 Veranstalter: Katholikenrat der Region München

Sa, 18.06.1994 und **"Jörg von Halspach -**
So, 19.06.1994, jeweils 20:30 **Säulen zwischen Himmel und Hölle**
 Freilichtaufführung des Landvolktheaters
 Halsbach e.V. vor dem Liebfrauenturm

Sa, 25.06.1994, 15:00- 19:00 Informations- und Diskussionsstreffen: **"Wohin
 führt Rechtsradikalismus in Deutschland?"**

- Was nehmen wir wahr?
- Was sind Kerngedanken rechtsradikalen Denkens und Handelns?
- Wo sind diese institutionalisiert?
- Was sind die Ursachen rechtsradikalen Denkens und Handelns?
- Was läßt sich gegen Rechtsradikalismus tun?

Referent: Dr. Josef Kurz
 Pfarrsaal St. Ignatius, Guardinistr. 83

Veranstalter: Gruppe München/ Pax Christi München

Mi, 29.06.1994, 18:00 Treffen der **Schöpfungsgruppe**
 im Büro der Bistumsstelle, Landwehrstr. 44

Mi, 29.06.1994, **92. DEUTSCHER KATHOLIKENTAG**
bis **DRESDEN**
So, 03.07.1994

TERMINE

Juli 1994

Mo, 04.07.1994, 18:00 **Gottesdienst**
 des Katholikenrates der Region München,
 gestaltet von Pax Christi
 Bürgersaal, Grabeskirche von P. Rupert Mayer SJ

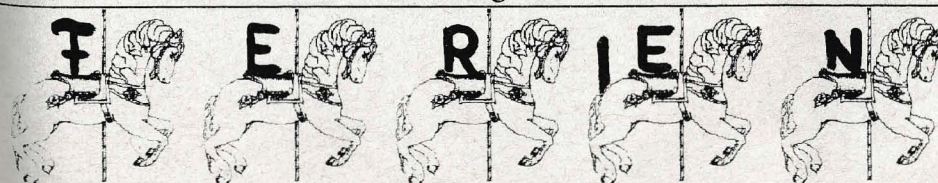
Mi, 06.07.1994, 17:00-19:00 **Mahnwache gegen die Abschiebung
 von Kurden in die Türkei**
 voraussichtlich am Stachus
 Veranstalter: Münchner Friedensbündnis, Friedensinitiative Christen in der Region
 München, Pax Christi München

Sa, 09.07.1994 **DIÖZESANWALLFAHRT nach Birkenstein**
 in Zusammenarbeit mit unserer
 PC-Gruppe Miesbach
 Näheres siehe Seite 25 u. 26

Sa, 09.07.1994, 20:30 **Ökumenisches Friedensgebet**
 zum Abschluß des Haidhauser Friedensfestes
 in St. Johannes, Preysingplatz

Di, 12.07.1994, 18:00 **PC-Gottesdienst** in St. Bonifaz, Krypta

Sa, 23.07.1994, 14:00 **Treffen der GruppensprecherInnen**
 in Freising



TERMINE

August/ September 1994

Von 25. Juli bis 21. September 1994 ist unser Büro nicht besetzt. Wenden Sie sich in dringenden Fällen an eine der Kontaktpersonen auf S. 30. In weniger dringenden Fällen können Sie eine Nachricht auf unserem Anrufbeantworter hinterlassen, der von Zeit zu Zeit abgehört wird.

Mo, 01.08.1994 bis Sommerwerkstatt
So, 07.08.1994 "Schalom
Hoffnung - Angebot - Herausforderung
Zur theologischen Dimension des Friedens"
Näheres siehe S. 26 St. Michaelshaus in Roßbach bei Naumburg/Saale
Anmeldung beim Deutschen Sekretariat, Pf 1345, 61103 Bad Vilbel, 06101/2073

Sa, 10.09.1994, 14.00 bis Seminar der ad-hoc-Gruppe Rechtsradikalismus
So, 11.09.1994, 13.00 "Nationalität: deutsch"
Phil.-Theol. Hochschule St. Georgen, Frankfurt
Offenbacher Landstr. 224
Anmeldung beim Deutschen Sekretariat, Pf 1345, 61103 Bad Vilbel, 06101/2073

Mo, 12.09.1994 Redaktionsschluß
Rundbrief Oktober 4/1994

Di, 13.09.1994, 18:00 PC-Gottesdienst in St. Bonifaz, Krypta

Fr, 23.09.1994 bis "75 Jahre kath. Friedensbewegung in
So, 25.09.1994 Deutschland -
Zur Geschichte des Friedensbundes deutscher
Katholiken und von Pax Christi"
in der Kath. Akademie Schwerte
Anmeldung beim Deutschen Sekretariat, Pf 1345, 61103 Bad Vilbel, 06101/2073

Mi, 28.09.1994, 18:00 Treffen der Schöpfungsgruppe
im Büro der Bistumsstelle, Landwehrstr. 44

VORSCHAU

06. - 16.11.1994
18. - 20.11.1994

Ökumenische Friedensdekade
Delegiertenversammlung in Rastadt

ORTSGRUPPEN

Dorfen	Bachmaier Hermann	Kellerstr. 32,	84416 Taufkirchen	08084/7530
Eichenau	Marek Heidemarie	Ulmenstr. 2,	82223 Eichenau	08141/8771
Erding	Bendl Roswitha	Frz.Xav.Mayr-Str.17	85435 Erding	08122/5368
Freising	Fischer Ernst	Zimmermannstr.10	85356 Freising	08161/61223
Gilching	Dr.Hafner Elisabeth	Stäudleweg 34	82205 Gilching	08105/4774
Landshut	Nadler Michael	Am Pfarranger 4	84107 Weihmichl	08704/657
Miesbach	Löffler Gerda	Schwarzenbergstr5	83714 Miesbach	08025/7883
Moosburg	Lutz Maria	Reißen 2	85413 Hörgerthausen	08764/433
Mühldorf	Nodes Helmut	Eichenstr. 8	84453 Mühldorf/Inn	08631/2418
Neufahrn	Fuß Georg	Max Plank Str. 28	85375 Neufahrn	08165/4548
Taufkirchen	Yun Johanna	Ahornring 14	82024 Taufkirchen	089/6123549

PFARREIGRUPPEN

St.Birgitta	Vogt Rosemarie	Fasanenstr.54	82008 Unterhaching	089/6114192
St.Hildegard	Fredmüller Elsa	Egenhoferstr. 18	81243 München	089/881910
St.Ignatius	Schanz Willy	Guardinistr. 86	81375 München	089/712357
Leiden Christi	Fackler Irmgard	Eglofstr. 15	81247 München	089/881021
St.Michael/BaL	Seisenberger Josef	Josephsburgstr. 40	81673 München	089/434536
St.Sebastian	Kath.Pfarramt	Hiltenspergerstr.115	80796 München	089/303066
St.Quirin/Aub.	Obermayer Ernst	Lichteneckstr.3	81245 München	089/8634730

SACHGRUPPEN

Eine Welt	Dinkel Wolfgang	Westpreußenstr. 3	81927 München	089/9503761
Frauengruppe	Knauer Gertrud	Kesselbergstr. 14	81539 München	089/6928497
Gewaltverzicht	Rottmayr Sepp	Eduard-Schmidt-Str.26	81541 München	089/659253
Nord-Süd	Noe Beate	Siegmund-Schacky-Str.21a	80993 München	089/1418445
Schöpfung	Huber Inge	Kuckucksweg 4	82152 Krailling	089/8573544
Versöhnung	Schneeweiß Gudrun	Untere Dorf-Str.36c	82269 Geltendorf	08193/8142

BISTUMSSTELLE MÜNCHEN

Vorsitzender	Deixler Wolfgang	Rißheimerstr. 15	81247 München	089/838623
Vorsitzende	Scherer Gertrud	Römerstr. 16 A	80801 München	089/347850
Geschäftsführer	Pilgram Martin	Römerstr. 114	82205 Gilching	08105/4948
Geistl.Beirat	Pfr. Hain Johannes	Speyrer-Str. 1	80804 München	089/3615607
Münchner Kontakte	Wechsler Rosemarie	Schwarzmannstr. 12	80798 München	089/2724803
Intern.Kontakte/Asyl	Schönhuber Gabriele	Heiterwangerstr. 34	81373 München	089/7605802
KDV/Zivildienst	Rehm Hans	Watzmann-Weg 10	85375 Neufahrn	08165/61592
Info-Versand	Miller Wilhelmine	Dantestr. 1	80637 München	089/1573500

BÜRO: LANDWEHRSTRASSE 44/IV, 80336 MÜNCHEN 2, TEL./FAX: 089/5438515

Friedensarbeiter Herz Franz Josef (Bürozeiten: Mittwoch 16:00 - 19:00 / Freitag 10:00 - 13:00)

Konto der PAX CHRISTI - Bistumsstelle: Kto.Nr.: 887 36-801 Postgiro München (BLZ 700 100 80)
Spendenkonto für Friedensarbeiter: Kto.Nr.: 2203324 LIGA München (BLZ 700 903 00)